

Newsletter Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **BP-Wahl 2016: Van der Bellen wird Bundespräsident** 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- **Umbrella Agreement: Parlament stimmt EU-US-Datenschutzabkommen für Polizei und Justiz zu** 3

Rat der EU

- **Geoblocking: Rat vereinbart Hindernisse im elektronischen Handel auszuräumen** 3
- **Verordnungsentwurf des EU-Verkehrsrats: Mehr Sicherheit für Drohnen** 4
- **Roaming-Abschaffung: Rat bereit für Verhandlungen mit EU-Parlament** 4

Europäische Kommission

- **Winterpaket: Gesetzesvorschläge zum Aufbau der Energieunion** 5
- **EU-Kommission und Deutschland einigen sich auf deutsche Pkw-Maut** 5
- **Lebensmittelverschwendung: Plattform und weitere Maßnahmen vorgestellt** 6
- **435 Mio. € für EU-LandwirtInnen aus GAP-Budget: Österreich: 7 Mio. €** 6
- **Kommission schlägt vereinfachte Steuervorschriften für Online-Handel vor** 7
- **VerkehrssünderInnen werden im EU-Ausland stärker als bisher verfolgt** 7

Sonstiges

- **Verfassungsreferendum in Italien: Renzi reicht nach Niederlage Rücktritt ein** 8
- **EUSALP Präsidentschaft: Auftaktveranstaltung in der bayrischen Vertretung** 8
- **EU und Bildungsministerium gründen neues Netzwerk für Schulen** 9
- **Umweltrecht: Wichtige Entwicklungen für das kommende Jahr** 9

Ihre Stimme in Europa

- **Laufende Konsultationen** 10

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 11

Tagesordnungen der Institutionen 12

Impressum und Abbildungsverzeichnis 12

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

BP-Wahl 2016: Van der Bellen wird Bundespräsident

Österreich hat entschieden: Alexander Van der Bellen wurde am 4. Dezember 2016 zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Seit Dienstagmittag ist auch das vorläufige endgültige Wahlergebnis bekannt. Demnach konnte Van der Bellen seinen Vorsprung auf Norbert Hofer weiter ausbauen: 2,47 Mio. der wahlberechtigten ÖsterreicherInnen wählten Van der Bellen – das sind 53,79 %.



Laut den offiziellen Zahlen des Innenministeriums erreichte der frühere grüne Bundessprecher 53,79 %, was 2,47 Mio. der österreichischen Stimmberechtigten entspricht. Den Freiheitlichen Hofer unterstützten 2,12 Mio. WählerInnen. Das Ergebnis kann noch bis 22. Dezember angefochten werden, dann wird es amtlich. Im Mai 2016, als die BürgerInnen zum ersten Mal in einer Stichwahl über das Amt des Bundespräsidenten entschieden, trennten Alexander van der Bellen und Norbert Hofer nur 30.000 Stimmen. Aufgrund von Unstimmigkeiten im Wahlprozess ordnete das Verfassungsgericht allerdings eine Neuwahl an. Das Ergebnis des vergangenen Wahlsonntags ist mit einem Abstand von knapp 350.000 Stimmen eindeutiger. Überraschend war auch die hohe Wahlbeteiligung, welche am vergangenen Sonntag bei 74,2 % lag und damit sogar noch höher als bei den ersten beiden Wahldurchgängen war.

Die Wahlmotive für Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer unterschieden sich indes gravierend. Das geht aus der Analyse der Wahlmotive des Meinungsforschungsinstituts

SORA hervor. Van der Bellen überzeugte seine Anhänger damit, dass er Österreich "im Ausland gut vertreten" könne, mit seiner "proeuropäischen Haltung" sowie seinem "Amtsverständnis". Sein Kontrahent Norbert Hofer hat die Stimmen erhalten, weil er "die Sorgen der Menschen verstehe", "kompetent" sei und "gegen das politische System" auftrete.

In Europa wird der überraschend klare Sieg von Van der Bellen mit Erleichterung und Freude kommentiert. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker freut sich auf eine „enge Zusammenarbeit“ mit Van der Bellen, sagte ein Kommissionssprecher in Brüssel. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz gratulierte Van der Bellen, der die Wahl „mit klarer proeuropäischer Botschaft und Kampagne gewonnen“ habe. Der Sieg Van der Bellens sei eine „schwere Niederlage für Nationalismus, Rückwärtsgewandtheit und antieuropäischen Populismus“, twitterte Schulz.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Umbrella Agreement: Parlament stimmt EU-US-Datenschutzabkommen für Polizei und Justiz zu

Das Europäische Parlament verabschiedete am 1. Dezember 2016 das Rahmenabkommen zwischen USA und EU über den Schutz personenbezogener Daten bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten.

Die Vorgaben des sogenannten „Umbrella Agreement“ gelten sowohl für US-Behörden, die gegen EuropäerInnen ermitteln als auch für europäische Behörden, die gegen AmerikanerInnen vorgehen. Dabei geht es unter anderem um den Umgang mit Namen, Adressen und Vorstrafen, die etwa bei Polizeiermittlungen ausgetauscht werden. So sieht das Abkommen beispielsweise vor, dass EU-BürgerInnen künftig in den USA gegen den möglichen Missbrauch ihrer Daten vorgehen können. Zusätzlich dürfen Informationen von EU- oder US-BürgerInnen

künftig nicht mehr an Drittländer weitergegeben werden, ohne dass das Ursprungsland zustimmt. Für das Abkommen stimmten 481 Abgeordnete, 75 waren dagegen und 88 EU-Abgeordnete enthielten sich. Anträge von Liberalen und Linken, das Abkommen durch den Europäischen Gerichtshof auf seine Vereinbarkeit mit europäischen Verträgen überprüfen zu lassen, wurden abgelehnt.

[Mehr Informationen](#)

Rat der EU

Geoblocking: Rat vereinbart Hindernisse im elektronischen Handel auszuräumen

Die Mitgliedstaaten einigten sich bei der Sitzung des Rates Wettbewerbsfähigkeit am 28. November 2016 auf eine gemeinsame Position für einen Verordnungsentwurf, mit der ungerechtfertigtes Geoblocking zwischen Mitgliedstaaten verboten werden soll.

Der Vorschlag sieht unter anderem ein umfassendes Verbot von Zugangsbeschränkungen zu Online-Angeboten vor. So sollen Online-Händler künftig KundInnen aus anderen Mitgliedstaaten nicht mehr den Zugang zu ihren Online-Portalen verwehren oder automatisch zu einer anderen, möglicherweise teureren Webseite in ihrem Herkunftsland umleiten dürfen. Diskriminierungen von KundInnen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder ihrer Niederlassung sollen ausgeräumt werden. Dagegen bleiben urheberrechtlich geschützte

Werke wie E-Books und Online-Musik ausgenommen. Österreich hat sich beim EU-Wettbewerbsrat, neben Luxemburg und Polen, gegen den aktuellen Entwurf zum Geoblocking ausgesprochen. Laut Staatssekretär Harald Mahrer (ÖVP) führe er zu einem Zwang zum Vertragsabschluss für Händler und ist ein schwerer Eingriff in die Privatautonomie. In weiterer Folge wird sich das Europäische Parlament mit dem Verordnungsvorschlag auseinandersetzen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der EU

Verordnungsentwurf des EU-Verkehrsrats: Mehr Sicherheit für Drohnen

Der Rat legte am 1. Dezember 2016 eine allgemeine Ausrichtung zu den überarbeiteten gemeinsamen Sicherheitsvorschriften für die Zivilluftfahrt und ein neues Mandat für die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) fest.

Der Verordnungsentwurf enthält die ersten EU-weiten Regelungen für den sicheren Betrieb ziviler Drohnen im europäischen Luftraum. Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) hat sich im Rahmen des EU-Verkehrsrates für eine Registrierungspflicht für Drohnen in Österreich ausgesprochen. Die Registrierung sei notwendig, um eine Rückverfolgung des Drohnenhalters bei Unfällen mit dem Gerät sicherstellen zu können. Die Meldung durch den Käufer soll online erfolgen und mit einer virtuellen Basiseinschulung

verbunden sein. Einen Drohnen-Führerschein werde es aber keinen geben. Derzeit werden Drohnen unter einem Gewicht von 150 kg auf nationaler Ebene reguliert. Die daraus resultierende Fülle an verschiedenen technischen Normen und Sicherheitsstandards behindert den grenzüberschreitenden Einsatz und Verkauf von Drohnen und stellt Anbieter und Hersteller vor Probleme.

[Mehr Informationen](#)

Roaming-Abschaffung: Rat bereit für Verhandlungen mit EU-Parlament

Am 2. Dezember 2016 legte der Rat seine allgemeine Ausrichtung zu neuen Vorschriften für Roamingvorleistungsmärkte fest. Der vereinbarte Text bildet nun die Grundlage für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament.

Vorgesehen ist unter anderem ein neuer Mechanismus auf Vorleistungsebene. Österreich fordert gemeinsam mit elf weiteren EU-Staaten niedrigere Vorleistungstarife, die zwischen den Betreibern verrechnet werden. Die slowakische Ratspräsidentschaft hat zuletzt einen Vorschlag vorgelegt, der diese Gebühren mit einem Cent pro Megabyte 2017 bis auf ein halbes Eurocent 2021 absenken soll. Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission lag bei einer fixen Obergrenze

von 0,85 Cent. Die aktuelle Obergrenze beträgt 5 Cent pro Megabyte. Was die Preisobergrenzen für Daten betrifft, ist in der allgemeinen Ausrichtung eine "gleitende Kostensenkung" geplant. So sollen sie Mitte 2017 bei höchstens 0,01 €/MB beginnen und dann bis Mitte 2021 nach und nach auf 0,005 €/MB fallen. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren ist für Juni 2017 geplant.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Winterpaket: Gesetzesvorschläge zum Aufbau der Energieunion

Die Europäische Kommission stellte am 30. November 2016 das langerwartete „Winterpaket“ von Gesetzesvorschlägen zum Thema „Saubere Energie für alle Europäer“ vor.

Die Maßnahmen umfassen die Bereiche Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Gestaltung des Strommarktes, Sicherheit der Stromversorgung und Steuerung der Energieunion. Als übergeordnetes Ziel schlägt die Kommission eine verbindliche EU-weite Steigerung der Energieeffizienz um 30 % bis 2030 vor. Intensiv vorantreiben will die EU vor allem die Gebäudesanierung, damit effizienter geheizt und gekühlt wird. Zudem sollen im Rahmen des mehr

als 1000-seitigen Pakets die Ökodesign-Maßnahmen und das Ökolabel verbessert werden, um Emissionen, Abfall und die Energieabhängigkeit zu verringern. Auch für VerbraucherInnen sind etliche Neuerungen vorgesehen. So soll zum Beispiel der Wechsel des Stromanbieters einfacher werden, um Wettbewerb zu fördern und Preise zu drücken.

[Mehr Informationen](#)

EU-Kommission und Deutschland einigen sich auf deutsche Pkw-Maut

EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc und Alexander Dobrindt, deutscher Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, einigten sich am 1. Dezember 2016 in der Mautfrage. Die HalterInnen besonders umweltfreundlicher Autos werden stärker entlastet. Für alle anderen bleibt die 1:1-Kompensation.

Dobrindt einigte sich mit Bulc darauf, die Belastungen für ausländische HalterInnen – insbesondere GrenzpendlerInnen – zu minimieren und für deutsche AutofahrerInnen eine zusätzliche ökologische Komponente einzuführen. Künftig soll es bei den Kurzzeitevignetten fünf statt drei Preisstufen geben. Die günstigste Variante wird für 2,50 € statt ursprünglich 5 € erhältlich sein. Zudem sollen Pkw-Halter in Deutschland mit besonders umweltschonenden Autos stärker entlastet werden, wenn sie die Mautgebühren über die Kfz-Steuer zurück-

erhalten. Endgültig beigelegt ist der Streit um die Pkw-Maut auch mit der Einigung allerdings noch nicht. Steuerentlastungen vor dem Hintergrund einer Maut seien nach wie vor kritisch zu sehen, sagte Verkehrsminister Jörg Leichtfried in Brüssel. Österreich wolle sich mit ebenfalls betroffenen Nachbarländern wie etwa den Niederlanden und Belgien über ein mögliches gemeinsames Vorgehen abstimmen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Lebensmittelverschwendung: Plattform und weitere Maßnahmen vorgestellt

Um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und die Nachhaltigkeit des Lebensmittelsystems zu stärken, entwickelte die Europäische Kommission die EU-Plattform zum Thema Lebensmittelverschwendung („EU Platform on Food Losses and Food Waste“).

Die EU-Plattform zum Thema Lebensmittelverschwendung ist Teil des 2015 angenommenen Pakets zur Kreislaufwirtschaft. Sie soll sich aus 33 öffentlichen Einrichtungen und internationalen Organisationen sowie 37 privaten Akteuren zusammensetzen. Sie werden sich bis Ende 2019 regelmäßig über die Ursachen von und Lösungen für die Verhinderung der Lebensmittelverschwendung austauschen. Die EU-Kommission lässt zudem eine Studie durchführen, die aufdecken soll, wie Verfallsdaten auf

Verpackungen von Lebensmittelhändlern und Kontrollbehörden verwendet werden. Ergebnisse werden für Ende 2017 erwartet. Außerdem hat die Kommission zehn Tipps veröffentlicht, wie jedermann tägliche Lebensmittelverschwendung minimieren kann. Rund 88 Mio. Tonnen Lebensmittel werden jährlich in der EU verschwendet – das sind rund 20 % aller hergestellten Lebensmittel.

[Mehr Informationen](#)

435 Mio. € für EU-LandwirtInnen aus GAP-Budget: Österreich: 7 Mio. €

Europäische LandwirtInnen, die bereits Direktbeihilfen von der EU erhalten, bekommen ab 1. Dezember 2016 zusätzlich insgesamt 435 Mio. € Unterstützung. Davon gehen rund 7 Mio. € an LandwirtInnen in Österreich.

Das Geld stammt aus der landwirtschaftlichen Krisenreserve, in der seit 2013 jährlich Geld aus dem Budget für Direktbeihilfen zurückgehalten wird, um z.B. Marktstützungsmaßnahmen zu finanzieren. Es wird am Ende des Jahres ausgezahlt, wenn es nicht in Anspruch genommen wurde. Die Europäische Kommission hat seit September vergangenen Jahres über 1 Mrd. €

zusätzliche Hilfen für LandwirtInnen bereitgestellt, die unter der schwierigen Marktlage leiden, diese wurden jedoch nicht aus der Krisenreserve finanziert. Damit konnte vermieden werden, dass die Direktbeihilfen für LandwirtInnen vermindert werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission schlägt vereinfachte Steuervorschriften für Online-Handel vor

Die Europäische Kommission legte am 1. Dezember 2016 einen Gesetzgebungsvorschlag zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer-Regeln für den elektronischen Geschäftsverkehr (E-Commerce) vor.

Kernelement des umfassenden Maßnahmenpakets ist ein „One-Stop-Shop“, ein EU-weit einheitliches Portal: Für jedes im Online-Handel tätige Unternehmen in der EU soll es künftig reichen, wenn es sich für die EU-weite Entrichtung der Mehrwertsteuer (MWSt) bei der Steuerbehörde seines Heimatstaats registriert. Es müsste von privaten Konsumenten in der EU weiterhin eine MWSt nach dem im Land des Kunden gültigen Satz erheben, aber bei seinem Steueramt abliefern. Dieses würde 5% als Entschädigung einbehalten und den Rest an die

jeweiligen EU-Staaten weiterleiten. Der Verwaltungsaufwand für Unternehmen würde nach EU-Angaben mit den neuen Regeln um 95 % sinken. Des Weiteren sind Erleichterungen für KMU vorgesehen: Verkäufe im Wert von bis zu 10.000 € können nach wie vor im eigenen Land abgerechnet werden. Für Verkäufe bis zu einem Schwellenwert von 100.000 € jährlich werden die Vorschriften zur Feststellung der Ansässigkeit der Kunden vereinfacht.

[Mehr Informationen](#)

VerkehrssünderInnen werden im EU-Ausland stärker als bisher verfolgt

VerkehrssünderInnen, die in einem anderen EU-Land auffällig werden, kommen inzwischen nicht mehr ganz so einfach davon. Das zeigt ein am 29. November 2016 von der EU-Kommission veröffentlichter Bericht zur grenzüberschreitenden Verfolgung von Verkehrsdelikten.

Dank neuer Regeln und eines europäischen Austauschsystems ist die Zahl der grenzüberschreitend verfolgten Verkehrsdelikte zwischen 2013 und 2015 um das Vierfache gestiegen. Dazu gehören Verstöße wie Geschwindigkeitsüberschreitungen, das Überfahren einer roten Ampel und Fahren ohne Sicherheitsgurt. Trotz der Erfolge gibt es bei der grenzüberschreitenden Verfolgung von Verkehrsdelikten noch viel Potential. Immer noch haben nicht alle EU-Mitgliedstaaten die Richtlinie

umgesetzt und nach wie vor sind fünf Staaten (Großbritannien, Irland, Dänemark, Finnland und Portugal) nicht mit dem Austauschsystem verbunden. Zudem wurde 2015 ungefähr die Hälfte der aufgedeckten Straßenverkehrsdelikte, die von Nicht-Einheimischen begangen wurden, nicht weiter verfolgt. Gleiches gilt für die Durchsetzung der Strafen: Auch hier wurden 50 % nicht erfolgreich durchgesetzt.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Verfassungsreferendum in Italien: Renzi reicht nach Niederlage Rücktritt ein

Eine deutliche Mehrheit der ItalienerInnen (59,11%) hat sich am vergangenen Sonntag gegen die Verfassungsreform ihres Ministerpräsidenten Matteo Renzi (Demokratische Partei, PD) ausgesprochen. Der Regierungschef hat umgehend die Konsequenzen aus seiner Niederlage gezogen.

Der italienische Ministerpräsident Renzi ist mit seinem wichtigsten Reformprojekt gescheitert. 59 % der Stimmberechtigten sprachen sich gegen die Reform aus. Nur 41 % stimmten mit "Ja", wie aus dem amtlichen Endergebnis des Innenministeriums hervorgeht. Nur in drei der 20 Regionen des Landes stimmten die WählerInnen beim Referendum am Sonntag dem Vorhaben des Regierungschefs zu. In der Toskana und der Emilia-Romagna gab es jeweils eine knappe Mehrheit an Ja-Stimmen. In Südtirol waren die Befürworter der Renzi-Reform mit 63,69 % deutlich in der Überzahl. Die

Verfassungsreform sah unter anderem eine Schwächung des Senats vor, um den Gesetzgebungsprozess zu erleichtern. Nachdem das Verfassungsreferendum scheiterte, reichte Ministerpräsident Matteo Renzi seinen Rücktritt ein. Der Weg seiner Regierung „endet hier“, sagte Renzi. Das Volk habe ein unzweideutiges Urteil gesprochen. Nun muss Staatspräsident Sergio Mattarella entscheiden, wen er mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

[Mehr Informationen](#)

EUSALP Präsidenschaft: Auftaktveranstaltung in der bayrischen Vertretung

Am 29. November 2016 fand die Auftaktveranstaltung zur Übernahme der EUSALP Präsidenschaft des Freistaates Bayern in ihrer Vertretung in Brüssel statt, in dessen Rahmen auch das Arbeitsprogramm für das kommende Jahr vorgestellt wurde.



Die Präsidenschaft der Bayern steht unter dem Motto „eine Strategie für die Bürger“. Zu diesem Leitsatz

hob Dr. Beate Merk, Bayrische Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, hervor, dass ein starkes Europa von unten nach oben wachse. Mercedes Bresso, MEP und Berichterstatterin für die EU-Alpenstrategie im Ausschuss für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, wies in ihrem Kurzvortrag darauf hin, dass eine zweite Phase in

der Implementierung der EUSALP angebrochen sei. Es gehe nun darum, sich den Herausforderungen gemeinsam zu stellen, die die komplexe Geografie der Alpen aufgibt. Dabei soll vor allem der Bereich Tourismus vorangebracht sowie die einzigartige Kultur und das biologische Erbe geschützt werden. Ab Jänner 2018 wird dann Tirol die EUSALP-Präsidenschaft übernehmen. Des Weiteren fanden vergangene Woche zwei Workshops zum Thema „EUSALP Monitoring“ und „Innovative Finanzierungsmöglichkeiten für EUSALP - Erste Vorschläge“ in Brüssel statt.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

EU und Bildungsministerium gründen neues Netzwerk für Schulen

Ein neues Netzwerk von Bildungsministerium, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission soll Europathemen stärker als bisher an Österreichs Schulen bringen. Die Initiative "Europa in der Schule" soll SchulleiterInnen und Lehrkräfte unterstützen, an ihren Schulen Europa-Schwerpunkte zu setzen.

Den Startschuss für dieses Projekt fiel am 28. November 2016 bei einem in Zusammenarbeit mit Zentrum polis organisierten Auftaktforum in Wien mit über hundert SchulleiterInnen verschiedenster Schultypen aus sämtlichen Bundesländern. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen der Stellenwert europapolitischer Bildung an den Schulen, der Erfahrungsaustausch sowie aktuelle EU-Themen und deren Einbindung in den Unterricht. Ziel sei es, die SchülerInnen schon möglichst früh für politische Themen rund um die EU zu begeistern. Durch den Austausch von Materialien und Erfahrungen sollen Schulen miteinander und voneinander lernen, so Bildungsministerin Sonja Hammer-schmid (SPÖ).

Die Idee zu dieser Initiative ist aus gemeinsamen Workshops mit SchulleiterInnen und Lehrkräften aus ganz Österreich hervorgegangen.

[Mehr Informationen](#)



Umweltrecht: Wichtige Entwicklungen für das kommende Jahr

Jürgen Müller, Kabinettchef von Umweltkommissar Vella, berichtete am 2. Dezember 2016 im Rahmen des Arbeitskreises Umwelt in Brüssel von den anstehenden Vorhaben und Arbeiten der Generaldirektion Umwelt.

Für das nächste Jahr stehen umfassende Vorhaben seitens der Generaldirektion Umwelt an, so Müller. Hervorzuheben sei dabei der Gesetzgebungsvorschlag zu qualitativen Mindestanforderungen für wiederverwendetes Wasser und eine Überarbeitung der Trinkwasser-Richtlinie folgend auf die REFIT-Evaluierung und der europäischen Bürgerinitiative „Right2Water“. Diese soll Vorteile für eine weitere Entwicklung der Wiederverwendung von Wasser in der EU

bringen. Des Weiteren werde die Kommission Anfang des Jahres 2017 eine Mitteilung herausbringen, die die Rechtsprechung des EuGH im Umweltbereich zusammenfasst und die verschiedenen Möglichkeiten des Zugangs zu Gerichten aufzeigt. Die Kommission bereite sich zudem intensiv auf die Brexit-Verhandlungen vor; allerdings glaubt Müller nicht, dass die Umweltstandards in Großbritannien extrem herabsinken werden.



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern](#) 30.11.2016 – 08.03.2017

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“](#) 28.11.2016 – 27.02.2017

[Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren](#) 25.11.2016 – 25.02.2017

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung des Katastrophenschutzverfahrens der Union](#) 24.11.2016 – 23.02.2017

[Offene öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms \(2014-2020\)](#) 23.11.2016 – 23.02.2017

[Fragebogen zu einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit Tunesien](#) 21.11.2016 – 22.02.2017

[Öffentliche Konsultation – Verbrauchsteuern auf Tabakwaren](#) 17.11.2016 – 16.02.2017

[Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und –intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien](#) 10.11.2016 – 16.02.2017

[Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union](#) 28.10.2016 – 27.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT](#) 28.10.2016 – 28.01.2017

[Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern](#) 28.10.2016 – 23.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie](#) 21.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung von Horizont 2020](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Offene öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSI\)](#) 12.10.2016 – 11.01.2017

[Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle](#) 07.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Eignung der EU-Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Effizienz im Seeverkehr](#) 07.10.2016 – 08.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen](#) 30.09.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Aufzugsrichtlinie 95/16/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte](#) 08.03.2016 – 31.12.2016

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Gesundheit und Verbraucherschutz

Medizin, Forschung, Prävention, Ebola, Hämorrhagisches Fieber	Ebola and other filoviral haemorrhagic fevers (Ebola+) programme: future outbreaks	15/09/2016 - 16/03/2017 - 14/09/2016 - 15/03/2018	€ 70.000.000
Medizin, Forschung	PERSONALISED MEDICINE	04/10/2016 - 11/04/2017 - 31/01/2017 - 14/03/2017	€ 620.260.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Michaela Moosbrugger

Abbildungsverzeichnis

Christian Bruna / EPA
<http://www.faz.net/aktuell/politik/oesterreich-waehler-von-norbert-hofer-alexander-van-der-bellen-14248319/norbert-hofer-r-und-14248317.html>
<http://www.bayern.de/service/fotoreihen/>
<http://www.apa-fotoservice.at/galerie/8498>